


FMH

Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte

Fédération des médecins suisses

Federazione dei medici svizzeri

Swiss Medical Association

Medienmitteilung

Bern, 9. November 2005

Gesundheitskosten eindämmen: ja – aber nicht so!

Wie dem Bundesrat ist es auch der FMH ein Anliegen, die Gesundheitskosten einzudämmen. Allerdings weist sie die Massnahmen energisch zurück, die der Bundesrat heute Morgen in Bezug auf die Laboranalysen beschlossen hat. Zudem bedauert die FMH sehr, dass trotz wiederholten Angeboten ihrerseits kein Dialog zwischen dem Departement des Innern und den Standesorganisationen zustande gekommen ist.

Die FMH hat die Massnahmen zur Kenntnis genommen, die der Bundesrat heute Morgen beschlossen hat. Selbstverständlich ist es auch uns ein Anliegen, den Anstieg der Gesundheitskosten nach Möglichkeit einzudämmen.

Wir stellen uns keineswegs gegen die Massnahmen, die in Bezug auf die Franchisen für Medikamente beschlossen wurden. Diese Massnahmen können bei den Verordnungsgewohnheiten eine positive Veränderung bewirken. Auch die Senkung der Preise für «Mittel und Gegenstände» betrifft einen Bereich, in dem Massnahmen erwartet wurden und notwendig sind.

Hingegen bedauern wir es sehr, dass wir nicht in die Erarbeitung derartiger Entscheidungen einbezogen werden – die Massnahmen wurden ohne jeglichen Dialog beschlossen.

Höhere Kosten – und ein Angriff auf die Grundversorger

Besonders bedauerlich ist dies im Bereich des Labors, denn hier führt die autoritäre Haltung des Departements des Innern zu einer inakzeptablen Entscheidung.

Mit seinem Versuch, weniger als Fr. 1.- pro Monat und Versicherten einzusparen, greift das EDI über das Labor in erster Linie die Grundversorger an, obwohl diese nach gesundem Menschenverstand eigentlich unterstützt werden müssten.

An sich ist das EDI im Besitz von aussagekräftigen Studien, die klar belegen, dass dank den Praxislabors jedes Jahr Dutzende von Millionen Franken im Gesundheitswesen eingespart werden, weil sich die Behandlungen so beschleunigen lassen. Zudem ist sehr wohl bekannt, dass die heute beschlossene Massnahme dazu führen wird, dass diese Tätigkeit allmählich eingestellt wird.

Diese plötzliche und einseitige Massnahme wird somit erhebliche Kosten auf Grund von Konsultationen und Arbeitsausfällen auslösen.

Andererseits betrifft sie hauptsächlich die Tätigkeit der Grundversorger, einer «bedrohten Spezies», die jedoch für unser Gesundheitswesen von grundlegender Bedeutung ist. Wenn „regieren“ „vorausschauen“ bedeutet, so stellt die heute beschlossene Massnahme leider einen echten politischen Unsinn dar, den wir nicht genug bedauern können!

Die FMH hat Verständnis für die Entscheidungen, die in Bezug auf die Medikamente und die «Mittel und Gegenstände» getroffen wurden. Sie ersucht jedoch das Eidgenössische Departement des Innern mit Nachdruck, seinen Entscheid in Bezug auf die Labors zu überdenken - der keinerlei Sinn macht! - und sich endlich auf den Dialog einzulassen, den ihm die Standesorganisationen anbieten.

Auskunft: Daniel Lüthi, Leiter Kommunikation FMH, Tel. 031/ 359 11 50